



Das „Rote Haus“ am Buntentorsteinweg 95

(Stand: 22.3.2016)

1888 Baujahr des Hauses

1924 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erwirbt das Grundstück und das Haus am Buntentorsteinweg 95 in Bremen und richtet dort die Zentrale für den Bezirk Nord-West ein. Hier bezieht auch die Verlagsgenossenschaft Nord-West als Herausgeberin der regional verbreiteten kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ ihre Redaktionsräume. Gedruckt wird die Zeitung, ebenso wie zahlreiche Druckschriften, im Anbau hinter dem Haus. Mit seiner großen roten Fahne, den Transparenten und Plakaten an der Fassade ist das Haus weithin als Zentrum der kommunistischen Bewegung zu erkennen. Im Volksmund wird es das „Rote Haus“ genannt.

Die Verwaltung der Liegenschaft wird an die Peuvag (Papier-, Einkaufs- und Verwertungsgesellschaft AG) übertragen. Diese Gesellschaft betreut in ganz Deutschland treuhänderisch die Immobilien der KPD.¹

1932 Das „Rote Haus“ ist während der Weimarer Republik wiederholt Zielscheibe von Provokationen der erstarkenden NS-Bewegung. Im Oktober 1932 dringen Kräfte der Politischen Polizei und der Kriminalpolizei in die Räume ein und legen die Druckmaschinen in Ketten. Vom 30. November bis zum 13. Dezember wird die Herausgabe der Zeitung verboten. Diese massive Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit der KPD setzt sich im Frühjahr 1933 fort. So gibt es ein weiteres Erscheinungsverbot für die „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Februar bis zum 2. März 1933.²

1933 Am 30. Januar 1933 ernennt der Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Bereits am 28. Februar werden im Reichstag die Notverordnungen unter den Titeln „Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volk und Staat“ und die „Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und verräterische Umtriebe“ in Kraft gesetzt. Das ist das Fanal für die Nazis, mit aller Brutalität gegen Antifaschisten vorzugehen. Zunächst gegen die KPD, später auch gegen die SPD, die Gewerkschaften und weitere Menschen, die nicht der NS-Ideologie entsprechen.

Schon am 1. März 1933 wird das „Rote Haus“ Zielscheibe eines massiven Polizeieinsatzes. Die Transparente und Plakate an der Fassade müssen auf polizeiliche Anordnung entfernt werden. Das Haus wird beschlagnahmt.³

Am 13. April 1933 versammelt sich am Leibnizplatz eine Abordnung der SA (Sturmabteilung, seit 1921 paramilitärische Kampforganisation der NSDAP) und marschiert zum „Roten Haus“. Nach markigen Worten des Sturmbannführers Köwing wird das Haus durch den Polizeisenator Laue an den SA Sturmbann 3/75

übergeben. Noch am selben Tag wird unter dem Jubel der SA die Hakenkreuzfahne auf dem ehemaligen Zentrum der kommunistischen Partei gehisst. Zugleich wird angekündigt, das Haus künftig „Johann-Gossel-Haus“ zu nennen und damit einen Parteigänger zu ehren, der von der SA als Märtyrer aufgebaut wird.^{4,5,6}

Vom Leibnizplatz setzt sich am 22. April 1933 eine Demonstration der SA mit wehenden Fahnen und Schalmeienkapelle in Richtung des ehemaligen „Roten Hauses“ in Bewegung. An diesem Tag wird die offizielle Umbenennung in „Johann-Gossel-Haus“ vollzogen.⁷ Mit der endgültigen Inbesitznahme durch den Sturmbann 3/75 beginnt auch die Nutzung der Räume als Folterstätte für Antifaschisten. In den Kellerräumen erhalten insbesondere verhaftete Kommunisten, die der SA durch die Gestapo zugeführt werden, eine „Sonderbehandlung“. Ein beschönigendes Wort für brutale Gewalt und Folter, wie sie später von den dort misshandelten Zeitzeugen Wilhelm Schäfer (KPD)⁸ und dem Seemann Willy Scheffer⁹ beschrieben werden.

Neben den martialischen Reden am Buntentorsteinweg hat die SA für diesen Tag einen weiteren Höhepunkt ihres Triumphes geplant. Am Hohentorsplatz sind alle SA-Formationen aufmarschiert. Mit Appellen und aggressiven Parolen werden die NS-Parteigänger auf den nächsten Akt eingestimmt: Im Schein der aufkommenden Dunkelheit werden Druckschriften¹⁰, das Archiv der „Arbeiter-Zeitung“ sowie Fahnen, Uniformen des Rotfrontkämpferbundes (RFB), Transparente der KPD und SPD öffentlich verbrannt.

1935 Am 18. Mai wird das ehemalige „Rote Haus“ vom NS-Staat auf Grund des Gesetzes zur Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 enteignet. Die Liegenschaft wird der Stadtgemeinde Bremen zugeschrieben.

1938 In der Reichspogromnacht vom 9./10. November 1938 organisiert die SA ausgehend vom Gossel-Haus den Terror gegen die jüdische Bevölkerung, insbesondere in der Neustadt. Von hier aus begeben sich die beiden SA-Leute Ernst und Wilhelm Behring in die Thedinghauserstraße, wo sie den jüdischen Kaufmann Heinrich Rosenblum kaltblütig ermorden. Ebenfalls in dieser Nacht wird die jüdische Geschäftsführerin einer Fahrrad- und Motorradhandlung nebst Werkstatt, Selma Zwienicki, in der Hohentorstraße 49/53 durch SA-Kräfte ermordet.¹¹

1950 Die Bürgerschaftsfraktion der KPD stellt im Bremer Parlament den Antrag auf Rückgabe der Liegenschaft am Buntentorsteinweg 95. Es kommt zu einer langwierigen Auseinandersetzung um die rechtlichen Verhältnisse, die erst durch eine notariell beglaubigte Erklärung der KPD-Zentrale in Frankfurt a.M. gelöst werden kann. Die KPD-Zentrale erklärt, dass die Peuvag¹² nicht wieder belebt wird. Sie ist einverstanden, dass die Liegenschaft Buntentorsteinweg in die Hände der Robert-Stamm-Haus eGmbH¹³ übergeben wird, die den Besitz treuhänderisch für die KPD Bremen übernimmt.

Am 19. Oktober 1950 stimmt der Bremische Senat der Rückübertragung im Rahmen der Wiedergutmachung zu. Da die KPD nach der Befreiung am 8. Mai 1945 bereits eine neue Zentrale in der Lindenhofstraße 13 in Gröpelingen errichtet hat, übernimmt die Robert-Stamm-Haus eGmbH die bestehenden Mietverträge und lässt die Mieter dort weiter wohnen. Einer der Bewohner ist Hermann Prüser¹⁴, der 1933 in der bremischen Bürgerschaft der Machtübertragung an die Nazis mutig entgegen getreten ist.

1953 Die Robert-Stamm-Haus eGmbH¹⁵ veräußert das Haus mit Grundstück in private Hand. Mit dem Erlös sollen finanzielle Engpässe bei der Finanzierung des stark renovierungsbedürftigen Parteihauses der KPD in Gröpelingen überwunden werden.

¹ „Die Peuvag (Papier-, Einkaufs- und Verwertungs A.G.) verwaltete vor 1933 das gesamte Vermögen der Presse-, Verlags- und sonstiger Unternehmen der KPD in Deutschland. Das Vermögen der Peuvag wurde nach dem Machtantritt Hitlers im Jahre 1933 in allen Orten Deutschlands durch die Landesregierungen beschlagnahmt. Laut Beschluß des Bremer Senats wurden die Bremer Liegenschaften der Peuvag am 18.5.1934 auf Grund des Gesetzes zur Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.1933 zu Gunsten des bremischen Staates eingezogen. Der feststellbare Teil dieses Vermögens in Bremen ist das bebaute Grundstück Buntentorsteinweg 95. Dieses Grundstück ist seit der Einziehung im Besitz der Stadtgemeinde Bremen. Im Wege der Wiedergutmachung überträgt die Stadtgemeinde Bremen dieses Grundstück der Robert-Stamm-Haus eGmbH, Bremen, Lindenhofstraße 13 als Nachfolgefirma der Peuvag und jetzigen Grundstücksverwalterin der Kommunistischen Partei im Lande Bremen“.
Quelle: Mitteilung des Senats über die Rückübertragung des Grundstücks Buntentorsteinweg 95. Eingangsstempel vom 28. September 1950.

² Zitiert nach „Zwölf Jahre Bremen 1933 – 1945“, eine Chronik von Fritz Peters, erschienen 1951.

³ Vgl. dazu: „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945“, Autorin: Susanne Engelbertz, Herausgegeben vom Studienkreis: Deutscher Widerstand, Seiten 61/62

⁴ Quelle: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, 14. April 1933

⁵ Johann Gossel war aktiver Parteigänger der Nazis und organisierte sich in der SA. In den Abendstunden des 14. Juni 1931 provoziert er mit etwa 15 weiteren Gesinnungstätern in Huckelriede die Teilnehmer eines Kultur- und Sportfestes der KPD. Es kommt zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Der SA-Mann Gossel wird durch einen Messerstich getroffen und stirbt Tage später an seinen Verletzungen. Am 26. Juni 1931 wird Gossel auf dem Buntentorsfriedhof beerdigt. Die SA-Führung nutzt den Tod, um Gossel zum Märtyrer für die nationalsozialistische Bewegung aufzubauen. Dem Sturm 3/75 wird im Rahmen der abendlichen Trauerfeier im „Casino“ die Berechtigung verliehen, die Bezeichnung „Sturm 3 Gossel“ zu führen.
Zitiert nach Zwölf Jahre Bremen 1921 – 1932, Seiten 178/179, eine Chronik von Fritz Peters, erschienen 1938. Verfügbar im Staatsarchiv Bremen

⁶ Zum Kult um Gossel gehört ebenso die Umbenennung des Huckelrieder Parks in „Johann-Gossel-Park“. Am 21. Juni 1934 wird dort aus diesem Grund unter großem Aufzug der SA ein Gedenkstein an Gossel errichtet.
Quelle: Staatsarchiv, Akte 9,S 0-3930 Johann-Gossel-Park

⁷ Quelle: Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 23. April 1933

⁸ Wilhelm Schäfer (KPD) wird 1933 zum Verhör ins Gossel-Haus geholt und dort mehrfach bis zur Besinnungslosigkeit zusammengeschlagen: „Und dann habe ich gesehen, wie unten die SA saß an einem langen Tisch und ihre Mittagsmahlzeit einnahm. Und dieses Gelächter von denen, dieses höhnische, das hat mich so erschüttert, da habe ich mir gesagt: aus dir können sie nur den Tod herausholen und sonst gar nichts.“
Quelle: Bremen zu Fuß, Seiten 232/233, VSA Verlag, Hrsg.: Gatter/Müser

⁹ Von den brutalen Misshandlungen im Gossel-Haus berichtet der Zeitzuge Willy Scheffter, ein Seemann aus dem Interclub: „Ich wurde eine Woche nach Willi Müller verhaftet ... und gefoltert wie er. Da man im Gefangenenhaus Ostertor keine Aussage von mir erpressen konnte, wurde ich ins Gossel-Haus am Buntentorsteinweg gebracht. Als man mich morgens um 9 Uhr vom Gefangenenhaus abholte, sagte man mir, jetzt geht es nach Golgatha. Aber erst fuhr man mich durch die Innenstadt, und ich sollte, falls ich Bekannte sähe, sagen: dort einer, dort einer. Dann würde es nicht so schlimm werden. Oben im „Roten Haus“ angekommen, saß Sturmbannführer Köpping und lachte hämisch: Nun rück mal raus mit den Namen, die du weißt, sonst wirst du dein blaues Wunder erleben ... Dann wurde ich geschlagen, erst ins Gesicht, usw. Eine halbe Stunde Verhör wurde ich dem Kommando z.b.V. (zur besonderen Verwendung – d. Verf.) übergeben, einem Schlägertrupp der SA ... Eine halbe Stunde schlugen die nun auf mich ein, dann wurde ich wieder nach oben gebracht ... Und dann wieder z.b.V. die zweite Tortur begann und nochmal ... Mittlerweile war es Nachmittag geworden, und die Gestapo wollte nach Hause. Sie gaben mir bis zum nächsten Morgen Bedenkzeit, sie würden mich sonst fertig machen. Als man mich in den Keller zurückbrachte, bekam ich von Köpping einen Tritt in den Arsch, daß ich

kopfüber die Treppe runter stürzte. Um 1 Uhr ungefähr in dieser Nacht kamen die Gestapo-Hengste zurück mit noch anderen Gestapo-Leuten, zogen mich aus und guckten sich meinen Körper an, wie er aussah und lachten sich kaputt und lachten und nahmen dann einen Strick, befestigten ihn um meinen Hals und draußen an der Tür ... Dann hat man mich nochmal verprügelt, eine Tragbahre ohne Decke war mein Nachtlager ... Am nächsten Tag wiederholte sich alles ... Ich konnte kaum noch sprechen, alles war geschwollen ... „Lebend kommst du hier nicht wieder raus, wir hängen dich auf“ ... Mir war es so scheißegal ... Dann machte man mir den Vorschlag, ich solle mich erschießen, legte einen Revolver auf den Hocker und machte die Tür zu. Oben ließ man die spärliche Beleuchtung brennen, damit man von außen alles beobachten konnte ... Bemerkte möchte ich noch, daß ich mich bei den Mißhandlungen bepißt und beschissen hatte.“

Quelle: „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945“, Autorin: Susanne Engelbertz, Herausgegeben vom Studienkreis: Deutscher Widerstand, Seite 62

10 „Die rote Tabakarbeiterin“ (Fa. Tabak Vogelsang); „Das rote Wasserfaß“ (Wäscherei Hayungs); „Der Atlas-Prolet“ (Atlas-Werke); „De rode Stau-Haken“ (Hafenbetriebe); „Der Werftprolet“ (AG Weser); „Die Karstadt-Fackel“ (Kaufhaus Karstadt).

Quelle: Herbert Schwarzwälder, „Geschichte der Freien Hansestadt Bremen“, Bd. 3, Hamburg 1983, S. 409

11 Vgl. hierzu: „Reichskristallnacht“ in Bremen, Vorgeschichte, Hergang und gerichtliche Bewältigung des Pogroms vom 9./10. November 1938 / Wilhelm Lührs; Inge Marssolek; Hartmut Müller. Der Senator für Justiz und Verfassung d. Freien Hansestadt Bremen. Bremen: Steintor, 1988, ISBN 3-926028-40-8, Seiten 44 und 48

12 Mit einer notariell beglaubigten Erklärung bestätigt der Parteivorstand der KPD in Frankfurt a.M. am 10. Mai 1950 sein Einverständnis, dass die Besitzrechte der Liegenschaft Buntentorsteinweg 95 an die Robert-Stamm-Haus eGmbH übertragen werden sollen.

Quelle: Staatsarchiv Bremen, Aktenzeichen 7,215 – 58 bis 62. Die Robert-Stamm-Haus eGmbH wird durch Rechtsanwalt Heinrich Hannover vertreten. Die Akte enthält interessante Details zur eGmbH.

13 Die Gründung der Robert-Stamm-Haus eGmbH wird am 2. Juli 1946 vollzogen. Zunächst unter dem Namen Parteihaus eGmbH. Am 13. März 1948 wird die Gesellschaft zur Ehrung des ermordeten Kommunisten Robert Stamm auf Beschluss der Generalversammlung in Robert-Stamm-Haus eGmbH umbenannt.

Quelle: Staatsarchiv Bremen, Signatur 7,215 61a und Signatur 7,215 59

14 Letzte Rede von Hermann Pruser (KPD) in der bremischen Bürgerschaft am 6. März 1933: „Wenn heute die Bürgerschaftssitzung tagt, so tagt diese Bürgerschaftssitzung in einer Situation, in der in Deutschland der weiße Terror aufgerichtet ist, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter von SS. und SA. viehisch gemordet werden. (erregte Zurufe b. d. NS. Präsident: Ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse dringend, solche starken Ausdrücke zu unterlassen! — Pfeifer: Die Zeiten sind vorbei von wegen Mörder!) In dieser entscheidenden Situation stellen wir fest, daß die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion heute den Staatsstreich der Reichsregierung dadurch deckt, daß sie ihre Zustimmung zur Auflösung des bremischen Parlamentes gibt. (Präsident: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß, wenn ich das Glockenzeichen gebe, Sie in Ihrer Rede einzuhalten haben; im übrigen kann ich nicht zulassen, daß Sie von einem Staatsstreich der Reichsregierung reden!) In Bremen ist ein Reichskommissar für die Polizei eingesetzt. In dieser Situation, wo der weiße Terror regiert, erkläre ich von unserem Standpunkt als Kommunisten, als klassenbewußte Arbeiter, daß wir der Auflösung der Bremischen Bürgerschaft unsere Zustimmung nicht geben (Gelächter und Zurufe); nicht aus dem Grunde, weil wir diesem Parlament unsere Zustimmung geben, nicht wir den alten Koalitionssenat unterstützen, sondern wir betrachten unsere Nichtzustimmung als eine Handlung, die sich richtet gegen den Staatskommissar und gegen den faschistischen Staatsstreich. Und wir wissen, daß die Entscheidung nicht fallen wird bei den Parlamentswahlen, sondern die Entscheidung wird fallen in den außerparlamentarischen Aktionen. Und die kommunistische Partei wird nach wie vor die Arbeiterklasse unter dem Banner der roten Einheitsfront zusammenschmieden und mit ihr kämpfen trotz Faschismus, trotz Polizeiterror, trotz Tod und Tränen und wird marschieren mit Rosa Luxemburg, mit Karl Liebknecht (Gelächter und Zurufe) und Ihr werdet uns nicht vernichten! (Stürmisches Gelächter b. d. NS.)

Quelle: Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933, Sitzung 1 7 und Anhang. Stenographisch aufgezeichnet, Bremen, 128f., 132

15 Die Robert-Stamm-Haus eGmbH greift mit ihrer Namensgebung das ehrende Gedenken an den 1937 von den NS-Willkürorganen hingerichteten KPD-Funktionär Robert Stamm auf. „Als Parteisekretär und ab 1926 als Redakteur an kommunistischen Zeitungen in Barmen, Hagen und Düsseldorf, rief ihn 1931 seine Partei als politischen Sekretär nach Bremen. Hier leitete er den Bezirk Nordwest vom Frühjahr 1931 bis April 1933. Ab 1932 vertrat er die Bremer Wähler im Reichstag. Da in Bremen SA und SS nach ihm fahndeten, ging Robert Stamm im Mai 1933 nach Hannover und organisierte dort als Politischer Sekretär in der Bezirksleitung Niedersachsen der KPD den antifaschistischen Kampf. Im Frühjahr 1934 wurde er zum Politischen Sekretär der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD berufen. Seit Februar 1935 war er Mitglied der Landesleitung, die als operatives Organ des Politbüros des Zentralkomitees der KPD die Kommunisten in allen Gebieten Deutschlands im illegalen Kampf führte. Am 27. März 1935 wurden Robert Stamm und die Mitglieder der Landesleitung Max Maddalena

und Adolf Rembte von der Gestapo festgenommen. Nach mehr als zwei Jahren qualvoller Haft verurteilten die Blutrichter am 4. Juni 1937 Robert Stamm und Adolf Rembte zum Tode. Die beiden Kommunisten starben im Zuchthaus Berlin-Plötzensee auf dem Schafott.

Quelle: „Antifaschistischer Widerstand 1933 – 1945“. Eine Dokumentation für die Ausstellung Antifaschistischer Widerstand vom 28.4.74 – 19.5.74 in der unteren Rathaushalle in Bremen, Seiten 40, 41 und 42.